

PLENARREDE

REDE VON

THOMAS KUTSCHATY

**TOP 4 – Ministerpräsident Laschet muss
dem Parlament gegenüber Stellung
beziehen - welche Kenntnis hatte die
Staatskanzlei zum angeblichen Hacker-
Angriff auf Ministerin a.D. Schulze
Föcking?**

17.05.2018 – Landtag NRW

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Diese Aktuelle Stunde ist heute notwendig geworden, weil der Ministerpräsident sich gestern in der Fragestunde geweigert hat, überhaupt anwesend zu sein, und dort Fragen in keinster Weise zufriedenstellend beantworten werden konnten.

Sie, sehr geehrter Herr Laschet, tragen dafür die Verantwortung. Der Fall „Schulze Föcking“ ist längst kein Fall einer Staatsministerin a.D. mehr, und es geht bei diesem Fall längst nicht mehr ausschließlich um Schweinemast und Tierschutz auf einem Münsterländer Hof. Nein, Sie haben es talentiert geschafft, dass Sie diesen Fall „Schulze Föcking“ zu Ihrem höchstpersönlichen Fall gemacht haben. Das haben Sie klasse hingekriegt. Deswegen wende ich mich jetzt auch ganz persönlich an Sie, Herr Laschet. Sie haben jetzt hier vielleicht die letzte Chance, die Wahrheit auf den Tisch zu legen und weitere parlamentarische Untersuchungen abzuwenden. Nutzen Sie die Chance. Sagen Sie den Menschen im Land gleich endlich die Wahrheit über das, was Sie gewusst haben oder darüber, was Sie nicht wissen wollten. Darauf haben die Menschen in diesem Land einen Anspruch von ihrem Ministerpräsidenten.

Sie, Herr Laschet, haben das Parlament und die Öffentlichkeit über mehrere Wochen hinweg getäuscht, indem Sie wichtige Informationen vorenthalten haben. Sie haben persönlich in Ihrer Pressekonferenz am 4. Mai Informationen gegeben, die den Oberbegriff „Wahrheit“ in keinsten Weise verdienen. Und Sie haben am 16. März mithilfe Ihrer Staatskanzlei und Ihres Regierungssprechers eine Geschichte aufbauen lassen, um Solidarität und Mitleid für eine politisch schwer angeschlagene Ministerin zu erhaschen, was leider sogar eine Zeit lang funktioniert hat.

Und dann haben Sie, Herr Laschet, dem Wunsch aller Oppositionsfraktionen nicht entsprochen, indem Sie gestern nicht persönlich hier im Parlament zur Fragestunde erschienen sind – ein sehr bemerkenswerter Vorgang. Es mag immer Gründe geben, warum ein Ministerpräsident nicht in einem Parlament anwesend sein kann. Entschuldigt waren Sie jedenfalls nicht. Vielleicht erklären Sie uns gleich, was es denn gestern Wichtigeres gegeben hat, als die Chance zu nutzen, Ihre eigene persönliche Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Dass Sie diese Chance vertan haben, ist eine Schande!

Sie, Herr Laschet, haben mit Ihrem Verhalten die Glaubwürdigkeit Ihrer eigenen Person, aber auch die der gesamten Landesregierung schwer beschädigt. Und nach der Fragestunde von gestern ist vieles offengeblieben. Einiges können wir allerdings nach den mühsamen Antwortversuchen von Herrn Lienenkämper erahnen. In Wahrheit hat nämlich Ihr Sprecher im Rahmen der Pressekonferenz vom 16. März die Öffentlichkeit über den niemals stattgefundenen Hackerangriff auf das Privathaus der Ministerin Schulze Föcking informiert, obwohl die Ermittlungsbehörden zu diesem Zeitpunkt noch keinerlei Erkenntnisse darüber hatten, dass es auch nur einen Angriff gegeben haben könnte. Das war

alles ein Verdacht, der bloß über eine WE-Meldung und eine Anzeige der Familie Schulze Föcking an Sie gelangt ist. Daraufhin kam sehr schnell eine Pressereaktion Ihres Pressesprechers. Da fragt man sich schon, ob diese mit den Ermittlungsbehörden abgestimmt gewesen ist. Üblicherweise ist es bei Hackerangriffen so, dass, wenn keine weiteren dritten Personen in Gefahr geraten können, erst einmal verdeckt ermittelt wird, um an die Täter heranzukommen. Was haben Sie, was hat Ihre Staatskanzlei gemacht? Sofort an die Öffentlichkeit, um diese Mitleidsnummer zu spielen. Damit haben Sie oder hätten Sie wahrscheinlich sogar noch die Ermittlungen erheblich gefährdet, wenn Sie das getan hätten, Herr Laschet.

Die Polizei hatte zu diesem Zeitpunkt nur die Strafanzeige, aber der Pressesprecher hat gesagt: Nach Auskunft der nordrhein-westfälischen Ermittlungsbehörden hat es von bisher unbekannter Seite Versuche gegeben, auf persönliche Daten von Ministerin Schulze Föcking zuzugreifen. Mindestens teilweise waren die Versuche auch erfolgreich. – Herr Laschet, geben Sie zu: Eine solche Auskunft hat es vonseiten der Ermittlungsbehörden nicht gegeben. Diese Behauptung Ihres Sprechers ist frei erfunden. Und dass das frei erfunden war, das haben wir gestern gehört. Das wussten Sie, das wussten aber auch andere Kabinettsmitglieder spätestens seit Ende März dieses Jahres. Seit Ende März war im Kabinett und Ihnen bekannt, dass nichts an dem Hackerangriff dran war. Und was machen Sie? Gar nichts. Im Gegenteil – das finde ich besonders enttäuschend –: Am 26. April dieses Jahres findet eine Plenarsitzung statt. Die Kollegin Düker spricht noch einmal im Namen aller demokratischen Fraktionen ihre Solidarität mit der Ministerin aus. Und da sitzt die Ministerin Schulze Föcking, da sitzt der Ministerpräsident, und Sie sagen nichts dazu und lassen uns im Unklaren. Das ist eine Sauerei, Herr Laschet, das muss ich mal sagen.

Es gibt im Schottischen ein Sprichwort, das lautet: Es lügt auch der, der die Wahrheit verschweigt. Und das gilt erst recht auch für Ihre ominöse Pressekonferenz am 4. Mai dieses Jahres. Da haben Sie über Gott und die Welt philosophiert, die Journalisten interessierten sich aber für den Fall „Schulze Föcking“. Und dort haben Sie gesagt, es sei aus Ihrer Sicht alles aufgeklärt. Nichts war aufgeklärt, und Sie wussten, dass nichts aufgeklärt war. Das ist die nächste Sauerei gegenüber der Öffentlichkeit, die Sie sich geleistet haben, Herr Laschet.

Sie haben mittlerweile, so zeigt es Ihr Handeln, jeden Respekt gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit verloren. Ich warne Sie, Herr Laschet: Unternehmen Sie nicht den gleichen Versuch, den Herr Lienenkämper gestern gemacht hat, nämlich Frau Schulze Föcking wieder vor die Flinte zu schieben und diese Mitleidsnummer mit den Bedrohungen durchzuziehen. So etwas ist ernst, das räumen wir ein. Keiner hier hat Bedrohungen zu tolerieren, und wir alle stellen uns solidarisch dagegen.

Aber das sind zwei vollkommen unterschiedliche Sachverhalte: die zu verachtende und zu verurteilende Bedrohung von Frau Schulze Föcking, die keiner von uns hier respektiert. Aber es geht hier um die Aufklärung, es geht um Ihre Glaubwürdigkeit, Herr Laschet. Die Mitleidsnummer läuft heute nicht mehr, und Vertuschungsnummer läuft heute auch nicht mehr, Herr Laschet.

Es geht heute um Ihre persönlichen Fehler, Herr Laschet. Wenn Ihr Regierungssprecher auf Ihren Wunsch hin Anfang der Affäre, am 16. März, eine Presseerklärung abgeben kann, dann müssen wir uns fragen: Ist das abgestimmt gewesen oder nicht? Aber wenn Herr Lienenkämper sagt, bis heute kann sich Herr Laschet nicht dazu äußern, weil er nicht in staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingreifen möchte – das war die Ausrede gestern von Herrn Lienenkämper, warum Sie, Herr Laschet, nichts gesagt haben.

Ich kann ja verstehen, wenn ein Ministerpräsident besorgt ist und Ermittlungen nicht gefährden will. Aber ich glaube, seit Wochen war nichts mehr bei diesen Ermittlungen zu gefährden. Da hätte man die Staatsanwaltschaft mal fragen können, ob man was sagen kann oder nicht. – Im Übrigen: an das Prinzip, nichts zu sagen, haben Sie sich ja schon am ersten Tag nicht gehalten, Herr Laschet. – Ja, weil ich mal Justizminister war, weiß ich, dass dieser Tweet von Ihnen genau dagegensteht. Ich sage noch einmal, was Herr Laschet getwittert hat am 16. März: Alle Achtung, CDU, SPD, FDP und Grüne gemeinsam gegen den unerträglichen Angriff“, „Eingriff in die Privatsphäre der Ministerin“, „Manche politischen Aktivisten überschreiten jede Grenze des Anstandes.“ – Da wussten Sie schon, dass es politische Aktivisten waren und haben sich in die Ermittlungen eingemischt. Warum machen Sie das jetzt nicht?

Herr Laschet! Nutzen Sie die Chance! Machen Sie jetzt reinen Tisch! Sagen Sie endlich die Wahrheit! Darauf haben wir alle in diesem Land einen Anspruch! – Herzlichen Dank.

....

Herr Ministerpräsident, wir haben mit vielem gerechnet – Entschuldigung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! –, aber nicht mit dem, was Sie uns heute hier abgeliefert haben. Aber ich finde es gut, dass Sie das klar gestellt haben: Das ist der Stil dieser Landesregierung. Die Menschen in diesem Lande wissen jetzt Bescheid, wie wir hier in Nordrhein-Westfalen regiert werden.

Vertuschen und Vernebeln gehört also zum Stil dieser Landesregierung. Und Sie konnten ja doch der Versuchung nicht widerstehen, auf die massiven Bedrohungen einzugehen und zu versuchen, das in Kombination mit dem Mitleid wieder zum Hauptthema zu machen. Auch da haben Sie Frau Schulze Föcking wieder vor die Flinte gespannt. Schämen Sie sich dafür, Herr Laschet!

Es hat keiner bestritten in diesem Saal, dass es völlig normal ist – das erwartet eigentlich auch jeder –, dass ein solcher Vorfall, der Verdacht eines Hackerangriffs, auch angezeigt wird. Wir waren ja froh, dass mal etwas angezeigt wird, denn andere Sachen wie beispielsweise der Einbruch in den Stall sind ja lange Zeit nicht angezeigt worden. Insofern ist es ja gut, dass es die Anzeige gab. Da haben wir überhaupt keinen Widerspruch zu Ihnen. Entscheidend ist aber, dass ein Ministerpräsident nicht die Ermittlungen kommentiert. Eine Landesregierung kommentiert nicht die Ermittlungen. Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung als Justizminister berichten. Ich hatte aber Dutzende von Anfragen aus Ihrer Fraktion: Berichten Sie doch bitte mal zu dem Fall, zu dem Fall und zu dem Fall. Ich kann Ihnen Dutzende Anträge nennen. Zu einem großen Verfahren habe ich monatlich im Rechtsausschuss berichtet: das Loveparade-Verfahren zum Beispiel. Das waren laufende Ermittlungen.

Meinen Sie, darüber kann man nicht berichten? Es gibt noch Tausende anderer Verfahren. Ich nenne Ihnen den Weg, wie es geht. Der Justizminister fragt bei der Staatsanwaltschaft nach: Es gibt ein öffentliches Interesse, das ist ein bedeutender Fall. Darüber muss die Öffentlichkeit aufgeklärt werden. Was kann ich sagen? Gibt es irgendwelche Interessenskollisionen, die Ermittlungen gefährden können? Dann bekommen Sie von der Staatsanwaltschaft über den Generalstaatsanwalt – die hätte Ihr Justizminister anfordern können – eine Stellungnahme dazu, und dann kann man das veröffentlichen.

Vielleicht sprechen Sie mal mit Ihrem Justizminister zwischendurch, wie man so etwas bewerkstelligen kann. Das ist also alles machbar. Gerade, wenn die Öffentlichkeit ein Interesse daran hat, sollte man das auch machen. Das gehört dazu. Wir sind in den letzten vier Wochen auch nicht in einer Phase gewesen,

wo irgendwelche Ermittlungen hätten gefährdet werden können – im Gegenteil: Es war ja überhaupt nichts dran.

Jetzt greife ich einen neuen Begriff auf, den Sie genannt haben, Herr Laschet – ich war ja fassungslos –: Sie sagen, Ihr Stil ist volle Transparenz. – Wo war denn da Transparenz? Sie sitzen hier in Plenarsitzungen. Wir unterhalten uns über den Fall. Sie verschweigen alles. Sie setzen die Presse auf die falsche Fährte, indem Sie am 4. Mai viel erzählen, aber nicht die Wahrheit über den Ermittlungsstand zu Frau Schulze Föcking. Nein, das ist nichts.

Lieber Herr Laschet, Sie wollten die Nummer mit der Mitleidswelle weiter reiten. Sie haben vergessen, zum entsprechenden Zeitpunkt die Bremse zu ziehen, und jetzt sind Sie damit vor die Wand gefahren. Das haben Sie zu verantworten.